

Pressemitteilung

Renaturierungsgesetz: Gewessler greift heimische Land- und Forstwirtschaft an

Ideologie darf nicht wichtiger sein als verfassungsrechtliche Grundsätze

Mit knapper Mehrheit haben die EU-Umweltminister heute die lange diskutierte Verordnung über die Wiederherstellung der Natur („EU-Renaturierungsverordnung“) abgesegnet. Darin geht es unter anderem um die Stilllegung und Außer-Nutzung-Stellung von agrarischen Flächen, was dramatische Folgen für die österreichische Landwirtschaft und die heimische Lebensmittelproduktion haben könnte. „Die österreichische Land- und Forstwirtschaft lebt Umweltschutz, ist europäischer Rekordhalter mit ihrem Anteil an Biodiversitätsflächen und wird mit immer neuen gesetzlichen und bürokratischen Anforderungen geplagt. Wir müssen aufhören, uns selbst abzuschaffen!“ plädiert LK-Präsident Franz Waldenberger.

Die Verordnung zielt darauf ab, bis 2050 die durch menschliche Eingriffe veränderte Kulturlandschaft Europas in einen möglichst ursprünglichen Zustand zurückzuführen. Es sieht Maßnahmen wie die Aufforstung von Wäldern, die Wiedervernässung von Mooren und die Renaturierung von Flüssen vor. „Während Umweltschützer dieses Gesetz als entscheidenden Schritt für den Naturschutz betrachten, sehe ich darin eine ernsthafte Bedrohung für die heimische Landwirtschaft. Diese EU-Verordnung wird eine Flut an Überregulierungen und Doppelgleisigkeiten für unser Land bringen. In der Folgenabschätzung ist von europaweiten Gesamtkosten in Höhe von 150 Milliarden Euro die Rede. In letzter Konsequenz sorgt diese Regulierung neben weiteren Bürokratiemonstern wie der EU-Entwaldungsverordnung dafür, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Produktion aufgeben müssen, was die Lebensmittelversorgung gefährdet und die Preise erhöhen wird“, warnt der Präsident der Landwirtschaftskammer OÖ Franz Waldenberger. „Auf die nationalen verfassungsrechtlichen Bedenken über das Votum unserer Umweltministerin im Rat der EU gehe ich gar nicht weiter ein, dieses Thema ist noch gesondert zu klären. Verfassungsrechtliche Prinzipien und die

Interessen der österreichischen Landwirtschaft sollten jedenfalls höher stehen als Ideologie“, plädiert Waldenberger.

Die Abstimmung über das EU-Renaturierungsgesetz im Rat der EU-Umweltminister benötigte eine qualifizierte Mehrheit, wobei mindestens 15 EU-Staaten, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, zustimmen müssen. Bei der Abstimmung heute haben sich 20 Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen, die erforderlichen 65 Prozent der repräsentierten Bevölkerung wurden nur knapp um einen Prozentpunkt überschritten.

ÖPUL-Teilnahme auf Rekordniveau: Ein Zeichen für das starke Umweltbewusstsein der Landwirtschaft

Oberösterreichs Bäuerinnen und Bauern passen sich neben den sich verändernden Marktumfeld auch den gestiegenen Umwelanforderungen der Gesellschaft an. Das zeigt sich vor allem in der hohen Teilnahme am Österreichischen Programm für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL). Die bereits sehr guten Teilnahmeraten konnte im Jahr 2024 in Oberösterreich nochmal auf insgesamt 85 Prozent gesteigert werden, in Summe nehmen 18.710 Betriebe in OÖ am Umweltprogramm teil. Im Bundesschnitt liegt die Teilnahmerate bei 83 Prozent, das sind in Summe über 89.600 Betriebe. Durch die verschiedenen ÖPUL-Maßnahmen erhalten die Betriebe unter anderem Unterstützung für den Zwischenfruchtanbau, für Maßnahmen im Bereich Natur- und Bodenschutz, vielgliedrige Fruchtfolgen und die Anlage von Biodiversitätsflächen. Alleine die Biodiversitätsflächen konnten trotz der vorübergehenden Ausnahme der Stilllegungsverpflichtung auf in Summe 13.170 Hektar gesteigert werden, das bedeutet ein Plus von 22 Prozent verglichen zum Jahr 2023. 8.400 Betriebe nehmen zudem an der Fördermaßnahme 'Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung' im Umweltprogramm ÖPUL teil. Abgesehen von der Anlage zusätzlicher Biodiversitätsflächen müssen im Rahmen dieser Maßnahme noch viele weitere strengere Auflagen erfüllt werden, die zur Extensivierung führen. Auch der Bio-Anteil in Oberösterreich stieg 2024 auf rund 20 Prozent der Betriebe bzw. auf insgesamt 92.800 Hektar.

„In Summe werden in Oberösterreich alleine damit rund 58 Prozent entweder biologisch oder besonders umweltschonend bewirtschaftet. Dass die Teilnahmeraten noch einmal gesteigert werden konnten, beweist das hohe Bewusstsein unserer Bäuerinnen und Bauern für diese Thematik. Diese positive Entwicklung wird jedoch durch das nun im Ministerrat beschlossene EU-Renaturierungsgesetz überschattet, das nun Zwangsmaßnahmen vorsieht. In Österreich haben wir uns bei der Erbringung von Umweltleistungen für den Grundsatz ‚Freiwilligkeit vor Zwang‘ entschieden, eine Strategie, die sich bisher als sehr erfolgreich erwiesen hat. Es ist bedauerlich, dass die Umweltministerin anscheinend nicht vollständig erkennt, wie erfolgreich die österreichische Landwirtschaft bereits in der Umsetzung von Umwelt- und Biodiversitätsmaßnahmen ist“, so Waldenberger.



Bildtext: „Verfassungsrechtliche Prinzipien und die Interessen der österreichischen Landwirtschaft sollten höher stehen als Ideologie“, plädiert LK OÖ Präsident Mag. Franz Waldenberger.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Rückfragen:

DI Daniel Rogl, Tel +43 50 6902-1490, direktion@lk-ooe.at

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit:

MMag. Andrea Steinmetz, Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at